



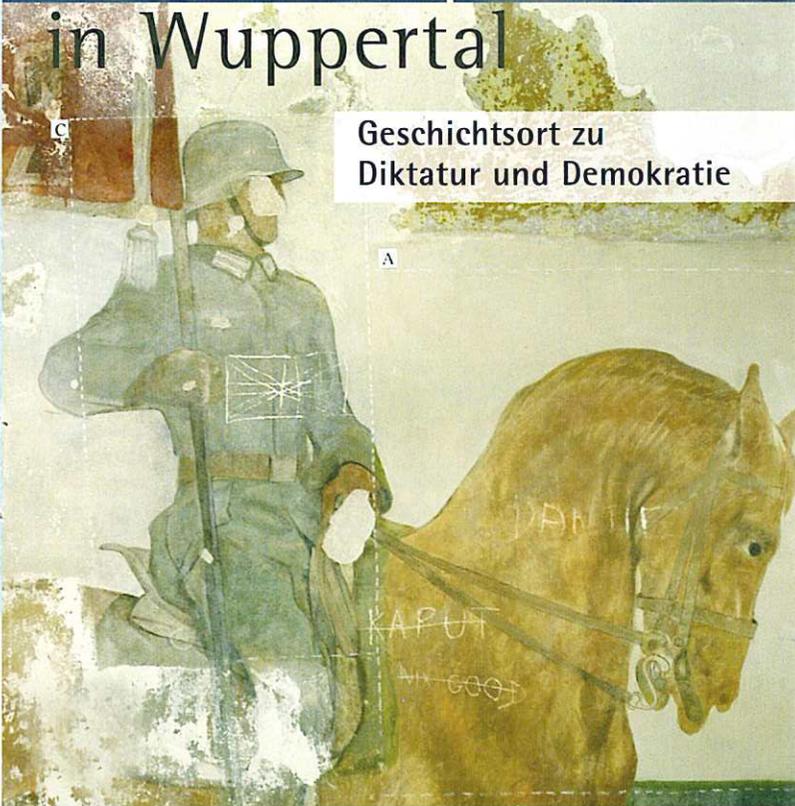
Das Polizeipräsidium in Wuppertal

Weitere Informationen, Kontakt, Anfragen zu Führungen:
Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal,
Genügsamkeitstraße, 42105 Wuppertal
Fon: 0202 563-2843, E-Mail: info@alte-synagoge-wuppertal.de
Internet: www.alte-synagoge-wuppertal.de

Bildnachweise: Pressestelle Polizeipräsidium S. 9, 14, 15 (o.), 16; Stadtarchiv Wuppertal S. 1, 4, 11, 12f.; Bundesarchiv Berlin S. 6; Archiv Begegnungsstätte Alte Synagoge S. 7; Westfälisches Landesmuseum Münster S. 8; Archiv SPD Wuppertal S. 11; Archiv E. Dieter Fränzel S. 10/11; Gerhard Bartsch S. 15; Christoph Spieker S. 2; Michael Mutzberg S. 1 (u.), 3; Christoph Schönbach S. 9

Impressum
Idee, Text, Bildauswahl: Michael Okroy M.A., Dokumentation+Recherche zur Zeitgeschichte
Herausgeber: Trägerverein Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal e.V.
Gestaltung: Büro Ullrich, Düsseldorf
Druck: Heinendruck, Düsseldorf
© Trägerverein BAS, 2. Aufl., Wuppertal 2011

Wir danken der Stadt Wuppertal Ressort Zuwanderung und Integration für die großzügige Förderung aus Mitteln des Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ – Entwicklung integrierter lokaler Strategien.



Geschichtsort zu
Diktatur und Demokratie



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz (e.V.)

Ein Haus mit vielen Gesichtern

Das Polizeipräsidium an der Friedrich-Engels-Allee spiegelt wie kaum ein anderes Gebäude in der Stadt die wechselvolle und widersprüchliche Geschichte des 20. Jahrhunderts. Als lokale „Topografie des Terrors“ verkörpert es in seiner historischen Funktion das Unrecht und die Verbrechen des Nationalsozialismus. Nach 1945 gingen von dort, dem „Neuen Rathaus“, die zentralen Initiativen für den demokratischen und zivilen Wiederaufbau der Stadt Wuppertal aus. In den 1960er Jahren war das Polizeipräsidium schließlich Schauplatz des spektakulären Bialystok-Prozesses, der sich um die juristische Aufarbeitung einer von Polizisten verübten Mordaktion an Juden bemühte.

Im Zweiten Weltkrieg blieb das Gebäude unbeschädigt. Der große Saal wurde daher viele Jahre für Kulturveranstaltungen genutzt. Wegen seiner Architektur und seiner Bedeutung als einzigartiges Zeitdokument steht das Polizeipräsidium seit 1985 unter Denkmalschutz. Seine vielen „Gesichter“ machen es zu einem herausragenden Ort, um die Geschichte von Diktatur und Demokratie auf anschauliche und lebendige Weise zu vermitteln. Die Begegnungsstätte Alte Synagoge hat deshalb vor einigen Jahren die Initiative ergriffen, das Polizeipräsidium in Wuppertal als historischen Lernort für die Stadt und die Region zu erschließen.



Arbeiten am Wandbild „Die Neue Zeit“
im ersten Obergeschoss, 2005

Öffentliche Führungen durch das Präsidium
finden immer (und generationenübergreifend)
großes Interesse

Publikationen des Trägervereins Begegnungsstätte Alte Synagoge
zur NS-Geschichte in Wuppertal (Auswahl):

Friedrich Braß: Kemna-Bericht 1933/34.
Kommentiert und mit Anmerkungen versehen von David Magnus Mintert,
Wuppertal 2008

Ulrike Schrader: Tora und Textilien.
Zur Geschichte der Juden im Wuppertal, Wuppertal 2007

Michael Okroy/Ulrike Schrader (Hg.):
Der 30. Januar 1933 – Ein Datum und seine Folgen.
Aktuelle Forschungen zum Nationalsozialismus in Wuppertal, Wuppertal 2004

Michael Okroy: Volksgemeinschaft, Erbkartei und Arisierung.
Ein Stadtführer zur NS-Zeit in Wuppertal, 2. überarb. Aufl., Wuppertal 2008





Gedenktafeleinweihung am 1.9.1999

Eine Veranstaltung zum 30. Jahrestag des Wuppertaler Bialystok-Prozesses markierte 1997 die erste Etappe auf dem Weg, das Polizeipräsidium im Bewusstsein der Öffentlichkeit als Geschichtsort zu präsentieren.

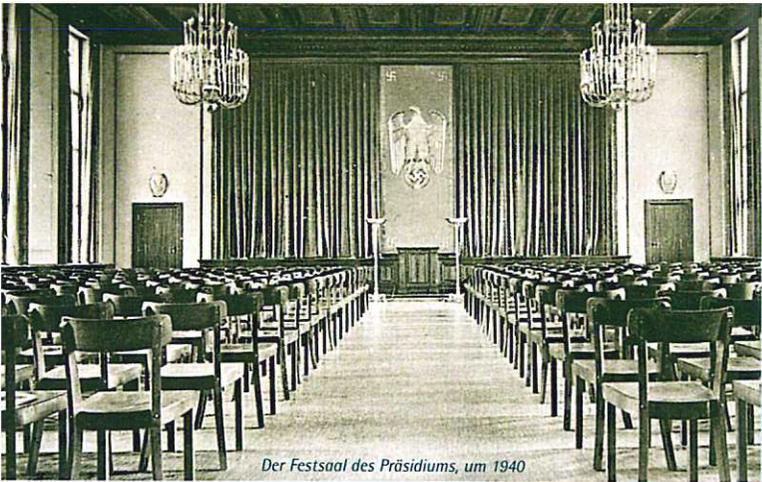
Auf der Basis einer vertrauensvollen Kooperation zwischen Begegnungsstätte Alte Synagoge und Behördenleitung gab es seitdem zahlreiche Aktivitäten. So wurde am 1. September 1999 am Eingang des Präsidiiums eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Opfer der Wuppertaler Gestapo angebracht. Im Jahr 2000 folgte eine Ehrung für den Kriminalbeamten Paul Kreber. Am 27. Januar 2003 fand im Präsidium der von Schülerinnen und Schülern maßgeblich gestaltete Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus statt. 2004 entwickelte ein Oberstufen-Geschichtskurs des Johannes-Rau-Gymnasiums unter fachlicher Anleitung und mit Förderung der Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz Unterrichtsmaterialien zur Geschichte des Gebäudes und der Polizei im NS-Staat. 2005 wurden bei einem „Tag der offenen Tür“ die von der Rheinischen Denkmalbehörde restaurierten großformatigen Wandbilder der Öffentlichkeit präsentiert. Im selben Jahr bildete das Präsidium einen der Landesschwerpunkte beim alljährlichen „Tag des offenen Denkmals“ im September.

Seit 2003 finden regelmäßig stets sehr gut besuchte öffentliche Führungen zur Geschichte des Gebäudes statt. Viele Schulklassen aus Wuppertal und Umgebung, Seniorenkreise, Experten- und Berufsgruppen sowie Einzelpersonen haben sich im Präsidium auf Spurensuche begeben und sich dabei auch über die Aufgaben der heutigen Polizei informieren können. Darüber hinaus öffnet sich das Polizeipräsidium immer wieder für Kulturveranstaltungen, z.B. für Lesungen, Ausstellungen, Theaterspiel und Konzerte.

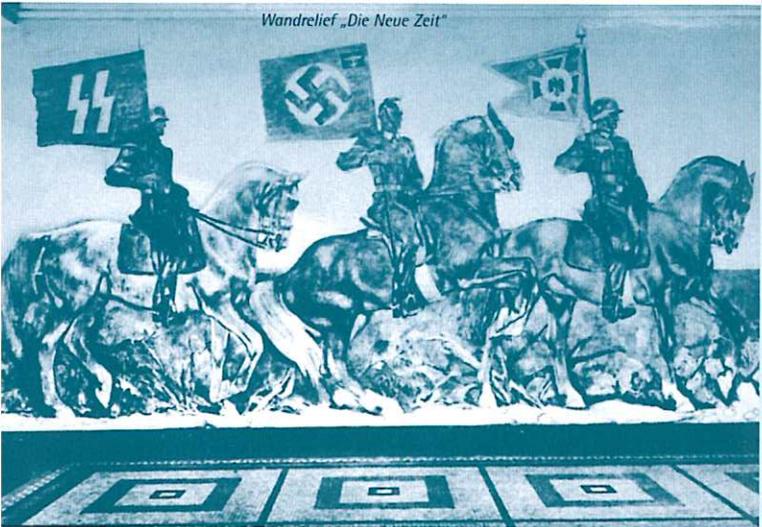


Detail des Wandbilds „Die Neue Zeit“ von Hans Kohlschein mit Graffiti aus der Nachkriegszeit

links: Fußboden mit Jahreszeiten-Mosaik von Ernst Oberhoff im 3. Obergeschoß



Der Festsaal des Präsidiums, um 1940



Wandrelief „Die Neue Zeit“

Wuppertal und Umgebung“ Samstag/Sonntag, 20./21. Januar 1940

Das neue Polizeipräsidium in Wuppertal.

wohlgelungener Monumentalbau, in dem sich Schönheitsforn Zweckmäßigkeit glücklich vermählt / Der Grundsatz „Schönheit der Arbeit“ weitgehend berücksichtigt

isachen und Wirtschaftsjonktionen ver- teren Verständnisses halber nennen möchte, ist werden. nach Tiroler Vorbildern ausgestattet. Helmeig

Polizisten vor Gericht

Von Oktober 1967 bis März 1968 fand im Saal 300 ein spektakuläres Gerichtsverfahren statt: der Wuppertaler Bialystok-Prozess. Angeklagt waren 14 ehemalige und zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung noch aktive Polizeibeamte wegen der Ermordung von über 1000 Juden in der polnischen Stadt Bialystok im Juni 1941. Es war die erste größere, von einer Polizeieinheit ausgeführte Mordaktion während des Zweiten Weltkriegs. Die Verantwortlichen, darunter die zwei aus Wuppertal stammenden Hauptangeklagten Rolf-Joachim Buchs und Heinrich Schneider, hatten das Verbrechen nicht auf „höheren Befehl“, sondern auf eigene Initiative verübt. Nach dem Krieg kehrten die Täter unbehelligt in die gesellschaftliche Normalität zurück. Einige von ihnen hatten Karriere gemacht und bekleideten hohe Posten bei der Polizei oder in Unternehmen.



Der Wuppertaler Bialystok-Prozess, der auch überregional große Aufmerksamkeit erregte, endete mit lebenslangen und befristeten Haftstrafen für die Angeklagten. Das anfänglich sehr zahlreiche Publikum, darunter auch junge Polizeibeamte, wurde nicht nur mit einem besonders abscheulichen Verbrechen und dem von Schuldabwehr, Gleichgültigkeit und Verdrängung geprägten Verhalten der Angeklagten konfrontiert; die Zuschauer erlebten auch ein bemerkenswertes Exempel, NS-Verbrechen mit den Mitteln der Justiz aufzuklären und zu ahnden. 1973 wurden die Urteile wegen eines Verfahrensfehlers durch den Bundesgerichtshof aufgehoben und eine Neuverhandlung angeordnet. Der zweite Wuppertaler Bialystok-Prozess endete für die Hauptangeklagten mit einer geringen Haftstrafe, da ihr Verbrechen nur noch als „Beihilfe zum Mord“ gewertet wurde.

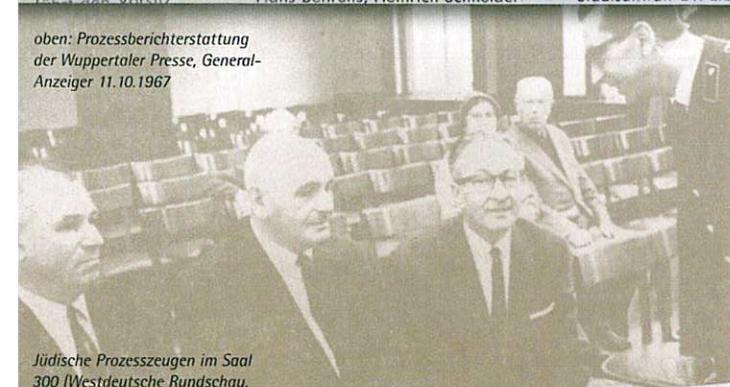
Die gingen freiwillig zur Polizei

Die Angeklagten im Judenmordprozeß schilderten ihre Lebensläufe

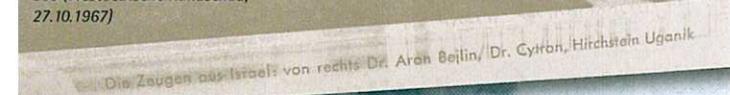


Archtsdirektor Dr. Simgen (links) führt den Vorsitz. Auf der Anklagebank. Von rechts: Staatsanwalt Weissing (links), Staatsanwalt Dr. Elb

oben: Prozessberichterstattung der Wuppertaler Presse, General-Anzeiger 11.10.1967



Jüdische Prozesszeugen im Saal 300 (Westdeutsche Rundschau, 27.10.1967)



Die Zeugen aus Israels von rechts Dr. Aron Bejlin/ Dr. Cytron, Hirschstein Uganik



Die Angeklagten Schaf-frath (li.) und Schneider (WR 14.10.1967)

„Ein wohlgelungener Monumentalbau...“

Das Polizeipräsidium war nach dreijähriger Bauzeit Ende August 1939 in Betrieb genommen worden. Architekt war Regierungsbaurat Alexander Schäfer, der schon das Polizeigebäude in Remscheid (1926) und das Düsseldorfer Polizeipräsidium (1932) entworfen hatte. Sein Stil folgt einem bei Behördenbauten der 1920er und 1930er Jahre vielfach üblichen „abstrakten Klassizismus“, der auf Formen einer gemäßigten Moderne zurückgreift. Die originale Fassade aus Tuffstein musste 1978 erneuert werden. Das Gebäude verfügte ursprünglich über fast 600 Räume, einen mit modernster Technik ausgestatteten Festsaal und über ein Polizeigefängnis, das auch die Gestapo als „Hausgefängnis“ nutzte.

Marmorrelief „Sport“ von Ernst Gottschalk im Treppenhaus



Das Innere des Präsidiums ist sehr aufwändig gestaltet worden, so z.B. das Treppenhaus, dessen Mosaikfußböden und Fenster der Wuppertaler Künstler und spätere Beuys-Lehrer Ernst Oberhoff (1906-1980) entworfen hatte. Besonders bemerkenswert (und deutschlandweit vermutlich einmalig) sind die 1999 freigelegten und inzwischen denkmalgerecht restaurierten Wandbilder des bekannten Historienmalers Hans Kohlschein (1879-1948). Eins davon trägt den Titel „Die Neue Zeit“ und zeigt die Polizei, die SS und die Wehrmacht als Sinnbilder für das „tausendjährige Reich“ der Nationalsozialisten.

Nach der offiziellen Einweihung im Januar 1940 beschrieben lokale Zeitungsberichte das neue Polizeipräsidium als einen Ort, der „jedem Volksgenossen das Gefühl verleiht, in einem für ihn geschaffenen Hause Betreuung, Rat und Schutz zu finden.“ In Wirklichkeit konnten dort nur solche Menschen auf Schutz und Hilfe rechnen, die nicht aus rassistischen, politischen oder religiösen Gründen aus der „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen waren.

links: General-Anzeiger der Stadt Wuppertal vom 20./21.1.1940

Früher Gestapogefängnis, heute Polizeigewahrsam

Von September 1939 bis April 1945 diente das Polizeipräsidium als Zentrale der NS-Verfolgungsbehörden im bergischen Städtedreieck. Es beherbergte die Dienststellen der Ordnungspolizei, der Kriminalpolizei und der Geheimen Staatspolizei. Die Gestapo war das am meisten gefürchtete Instrument zur Durchsetzung der NS-Herrschaft. Sie besaß weit reichende Vollmachten und konnte z.B. auf unbegrenzte Zeit „Schutzhaft“ verhängen und die berüchtigte „verschärfte Vernehmung“ (d.h. Folter) anwenden. Das Handeln der Gestapobeamtinnen bewegte sich zwischen Bürokratie und Terror. Nicht selten ermittelten sie erst aufgrund einer Denunziation aus der Bevölkerung. So wurden „illegale“ Geheimgespräche der Zeugen Jehovas, regimekritische Predigten von Pfarrern oder angeblich intime, als „Rassenschande“ geltende Kontakte zwischen Juden und Nichtjuden angezeigt. Für Karl Markus aus Elberfeld hatte eine solche Anzeige tödliche Folgen. Im Sommer 1942 bestellte ihn die

Gestapo zur Vernehmung ein. Obwohl nichts bewiesen werden konnte, kam er ins Polizeigefängnis, weil er keinen „Judenstern“ getragen hatte. Von dort wurde er dann zur „Schutzhaft“ in das KZ Buchenwald eingeliefert und kurz darauf weiter nach Auschwitz verschleppt.



Josef Hufenstühl, Gestapo-Chef in Wuppertal 1940-1945

Zwischen 1941 und 1942 organisierten die Beamten der Wuppertaler Gestapostelle vier Transporte, mit denen rund 800 jüdische Männer, Frauen und Kinder aus Wuppertal und dem bergischen Städtedreieck in Ghettos und Vernichtungslager im besetzten Osteuropa deportiert wurden.

Im Frühjahr 1945 ermordete ein Kommando aus Kripo- und Gestapoangehörigen auf dem Polizeischießstand Burgholz dreißig sowjetische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, darunter die ukrainische Lehrerin Helena Matrosowa. Zuvor waren sie im Gefängnis des Präsidiums inhaftiert gewesen und dort durch Folter zu Aussagen erpresst worden.

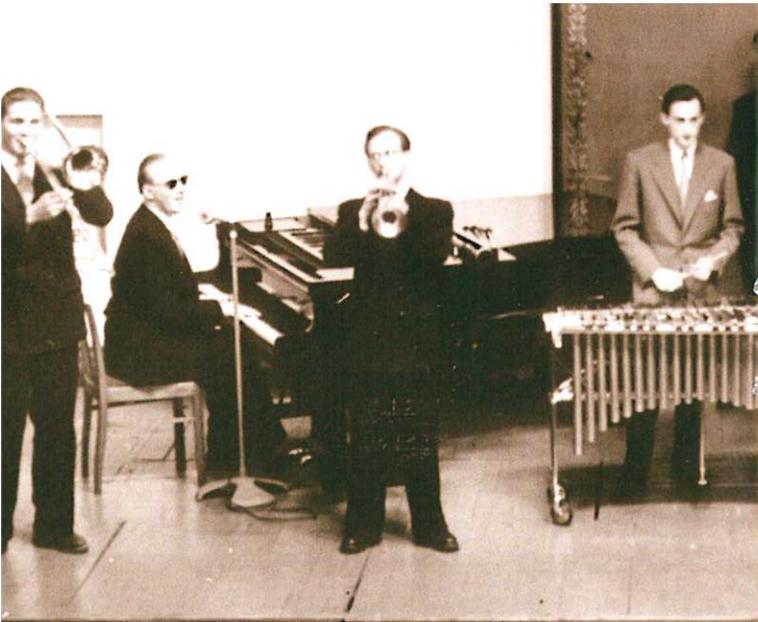


„Drei Stunden Ekstase“ erlebte der junge Journalist Johannes Rau beim Konzert der „No Name Band“ im Präsidium im Mai 1951

unten: Sitz der britischen Militärregierung, um 1947



Stadtverordnetenversammlung mit OB Robert Daum, um 1948



Demokratischer Neubeginn

Im April 1945 befreiten amerikanische Soldaten die Stadt Wuppertal von der NS-Herrschaft. Sie zogen einen Stacheldrahtzaun um das Gebäude des Polizeipräsidiums und nutzten das Gefängnis vorübergehend als Internierungscamp für Nazi-Funktionäre und andere NS-Belastete. Auf die US-Armee folgten im Juni 1945 britische Besatzungstruppen, die im Präsidiumbau für viele Jahre ihr „Head Quarter“, ihr regionales Hauptquartier einrichteten. Eine unter britischer Aufsicht stehende kommunale Polizei hatte dort ebenfalls ihr Domizil. Ab 1946 tagte in der ersten Etage der örtliche Entnazifizierungsausschuss, der bis 1951 über 30.000 Personen überprüfte. Von Dezember 1945 bis zur Mitte der 1950er Jahre diente das Gebäude des Polizeipräsidiums schließlich als „Neues Rathaus“ der Stadt. Die Stadtverordneten kamen im großen Festsaal zusammen und wählten am 30. Oktober 1946 Robert Daum (SPD) zum Oberbürgermeister von Wuppertal. In diesem „Saal 300“ fanden immer wieder auch politische Kundgebungen und Kulturveranstaltungen statt, so etwa die enthusiastisch gefeierten Jazzkonzerte der „No Name Band“ mit ihrem Sänger und Pianisten Wolfgang Sauer.

Das Polizeipräsidium wurde in den ersten Nachkriegsjahren zum wichtigsten Ort für den von der Politik, der Verwaltung und den britischen Besatzungsbehörden organisierten Wiederaufbau der Demokratie und des zivilen Lebens in Wuppertal.



Unter Kontrolle der Gestapo:
Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion
in Wuppertal

Preussische Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle
für den Regierungsbezirk Düsseldorf
Außendienststelle Wuppertal.
Dienststelle II.B. Br.Nr. 2282/42

Verhandelt

Wuppertal

Amisgerichtsbezirk: Wuppertal

Strafanzeige

Verdacht der Massenschand
und Uebertretung der Polizei-
Strafart: verordnung über Kennzeichnung
Tatort: der Juden vom 1.9.1941.

2
Wuppertal
(Straße und Nummer)

Beschuldigte:
Beruf, Vor- und Zuname, Wohnung

geboren am

in

1. Jude Karl Salomon Markus,

Freis

Von Wuppertal nach Auschwitz:
Strafanzeige gegen Karl Markus
vom 31.7.1942



Paul Kreber in den 1940er Jahren

Ein Retter in Uniform

Menschen mit Zivilcourage waren in Nazi-Deutschland eine kleine Minderheit. Die große Mehrheit der Bevölkerung unterstützte das NS-Regime bis zum Kriegsende und reagierte auf die Verfolgung und Ausgrenzung von politischen Gegnern, Juden oder „Zigeunern“ mit Zustimmung, Passivität oder Gleichgültigkeit. Der Kripobeamte Paul Kreber (1910–1989) bildete eine seltene Ausnahme, denn er rettete unter Gefährdung des eigenen Lebens eine siebenköpfige Sinti-Familie vor der Deportation in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Seine Tätigkeit beim Erkennungsdienst der Kriminalpolizei verschaffte ihm Zugang zur lokalen „Zigeunerkartei“.

Als im März 1943 die in Wuppertal lebenden Sinti und Roma, darunter auch Hugo und Antonie Weiss und ihre fünf Kinder, festgenommen und deportiert werden sollten, nutzte der gläubige Katholik Kreber seinen Handlungsspielraum als Kripobeamter zugunsten der Verfolgten. Es manipulierte nicht nur die Deportationsliste, sondern informierte auch einige Sinti über die bevorstehende Verhaftungsaktion, um ihnen so die rechtzeitige Flucht zu ermöglichen.

1988 hat Paul Kreber auf Initiative von Überlebenden und des Zentralrats der Sinti und Roma das Bundesverdienstkreuz erhalten. Seit dem Jahr 2000 erinnert im Erdgeschoss des Präsidiums eine Gedenktafel an den mutigen Polizeibeamten aus Wuppertal.



Die Söhne der von Paul Kreber geretteten Sinti-Familie Weiss bei der Gedenkfeier im Polizeipräsidium, Dezember 2000